

Warsteins sechs Ratsparteien bringen Einwendung auf Weg

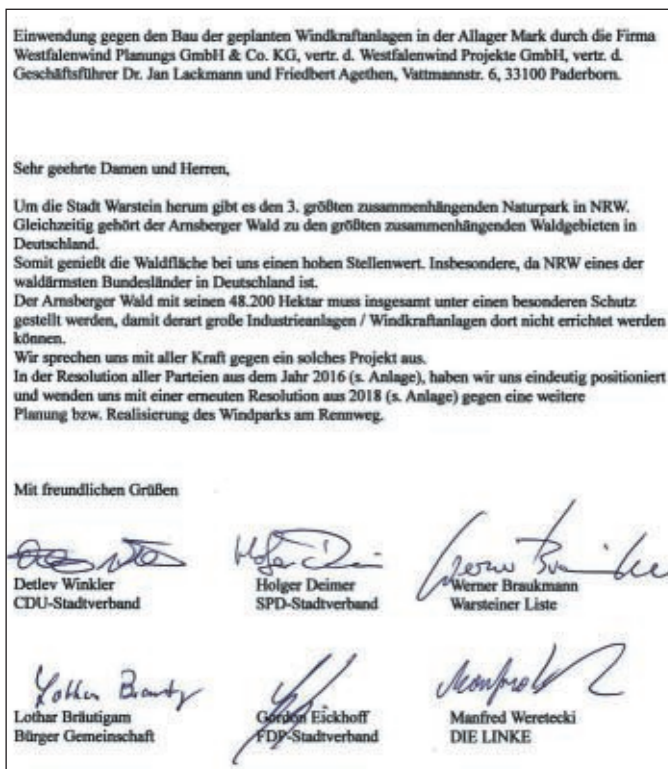
Geschlossen gegen Windkraft-Projekt im Allagener Wald / Vogelschutz überprüfen

Von Reinhold Großelohmann

WARSTEIN ■ In Sachen Windkraft sind die sechs im Rat der Stadt vertretenen Parteien einig: sie lehnen das Projekt der Windkraft-Investoren im Allagener Wald ab. Dies bringen die Politiker jetzt auch in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Ausdruck. Das Papier wird in den nächsten Tagen gleichzeitig als formale „Einwendung“ im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz an den Kreis Soest übergeben.

Seit dem 31. Oktober kann jedermann Einwendungen zu den 15 geplanten Windrädern der „Westfalenwind Planungs GmbH & Co.KG“ beim Kreis Soest machen. Die Frist hierfür läuft noch bis Ende Januar, am 19. Februar kommt es dann im Bürgerhaus Anröchte für alle Einwender zum Erörterungstermin.

Zum Zwecke des gemeinsamen Vorgehens haben die sechs Parteien sogar eine „Parteien-Koordinierungsstelle“ an der Postadresse des CDU-Stadtverbandes ins Leben gerufen. Unterschrieben ist die Einwendung von Detlev Winkler (CDU-Stadtverband), Holger Deimer (SPD-



Sechs Unterschriften trägt die „Einwendung“ gegen das Projekt, die dem Kreis Soest überreicht werden soll.

Stadtverband), Lothar Bräutigam (Bürgergemeinschaft), Werner Braukmann (Warsteiner Liste), Gordon Eickhoff (FDP-Stadtverband) und Manfred Weretecki (Die Linke). „Wir sprechen uns mit aller

Kraft gegen ein solches Projekt aus“, heißt es im Schreiben an den Kreis Soest. Dabei verweisen die Ratsparteien auch auf eine Resolution, die sie schon 2016 einmütig auf den Weg gebracht hatten. In

einer Pressemitteilung heißt es dazu: „Die Vorsitzenden aller Parteien und Gruppierungen sind sich in diesem Punkt einig und beziehen klare Position in der Frage nach Windkraftanlagen im Arnberger Wald. Die vorliegende Resolution und der schriftliche Einwand spiegeln die große Einigkeit der politischen Vertreter in unserer Stadt bezüglich der Frage nach Windkraft im Arnberger Wald wieder. Wir wollen keinen Bau von Industrie- und/oder Windkraftanlagen im Arnberger Wald!“

Die Politiker wenden sich auch noch einmal geschlossen an den Regionalrat bei der Bezirksregierung Arnberg und sprechen die wesentlichsten Punkte an. Sie fordern, dass „der Arnberger Wald in Gänze aus der Suchkulisse gestrichen wird“. Sie heben auf negative Auswirkungen auf den Tourismus ab.

Es gebe eine starke Beeinträchtigung der Erholungssuchenden. Es müsse einen 600-Meter-Abstand zu Wanderwegen wie dem Plackweg oder dem Rennweg geben. Die Politiker fordern eine Überprüfung des Vogelschutzes auf der Haar.